

# Amts- und Anzeigebblatt

Für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 RM. 50 Pf., aber monatlich 1 RM. 50 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Zur Halle höherer Schulbildung — Briefe aber sonstiger amtlicher Mitteilungen des Bezirkes der Zeitung, der Reichsanzeiger oder der Reichsbehörden — bei der Redaktion können nur auf Bestellung oder nach vorheriger Genehmigung der Redaktion abgenommen werden.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühnengrün, Schönheide, Schönholderhammer, Soja, Unterkühnengrün, Wildenthal usw.**

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pf. Im Restamt die Zeile 60 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Neuzeit Nr. 119.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hanneböh in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 275.

Freitag, den 28. November

1919.

## 16. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sonntag, den 30. November 1919, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses.

## Tagesordnung.

Wahl der unbesetzten Stadträte auf die Jahre 1920—1922. Eibenstock, den 25. November 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher und Wahlkommissar. Hans Hoehl.

## Das Urteil der Geschichte.

Die Deutschland in seinen Auseinandersetzungen mit der Entente sich für sein Recht auf das Urteil der Geschichte, das heißt einer unparteiischen, auf den klaren Tatsachen beruhenden Zukunft berufen hat, so hat das auch Feldmarschall von Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Berlin für den Standpunkt der obersten Heeresleitung während des Krieges getan. Wir erfahren daraus, wie das gewaltige Völkerdrama von 1914 bis 1919 die Meinungen nicht nur aufgerüttelt, sondern auch durcheinandergewirrt hat. Es kommen so viele Gesichtspunkte in Betracht, daß erst die spätere Beurteilung das Wichtige von dem Unwesentlichen trennen und an der Hand der Folgen feststellen kann, worauf es ankam. Niemand wird es wagen, Hindenburg Entstellungen vorzuwerfen; nur das dürfen wir nicht vergessen, daß der Soldat anders denkt, als der Politiker. Das war auch 1870 bis 1871 so, und daß damals Politik und Militärwesen zwei gleichwertige Vertreter besaßen, während jetzt die Politik des klaren Zieles entbehrt und ihn auch nicht durch eine Verhandlung mit der Obersten Heeresleitung herbeizuführen vermochte. Es fehlte diejenige Persönlichkeit, die einen autoritativen Willen besaß!

Unsere Friedenspolitik vor 1914 hat versagt! Dieser Ausdruck Hindenburgs ist unantastbar. Und sie mußte versagen, weil bei uns der Sinn für die brutale Wirklichkeit im Auslande fehlte. Unsere leitenden Stellen sahen die Träger der fremden Staatsinteressen so, wie sich dieselben wünschten, nicht, wie diese waren. Und von diesem Mangel an Schulung sind wir heute noch nicht frei. Es wird immer noch an den aufrichtigen Friedenswillen Wilsons geglaubt, obwohl doch, ohne des Präsidenten schwebende Zustimmung die englische Hungerblockade gegen Deutschland niemals hätte einsehen, niemals auch der Verzicht auf die 14 Punkte hätte stattfinden können. Deutschland war friedlich, aber diese aufrichtige Gesinnung ist uns niemals gedankt worden, auch von seinen „Betteln“ nicht, auf deren Einfluß der letzte Kaiser so sehr gebaut hat.

Die Macht- und Kräfteverhältnisse in Menschen, Munition und Waffen waren für uns bei Kriegsbeginn schon ungünstig, und sie verschlechterten sich später noch mehr. Deshalb hat sich die Oberste Heeresleitung bemüht, den Krieg so schnell wie möglich zu einem ehrenvollen Frieden zu bringen, und sie hat auch den U-Bootskrieg als ein Mittel zu diesem Zweck betrachtet. Hätte das deutsche Volk aber bei Zeiten den vollen Ernst der Lage gekannt, so wären wohl jene geheimen Unterströmungen vermieden, die schließlich zu Zusammenbruch und Revolution führten. Der Siegeswille war bei uns sehr stark. Daß er gelitten hat, daran war der Parteizwist nicht ohne Schuld. Aber dieser Parteizwist hätte sich nicht so entfalten können, wenn ein zielbewußter Führer vorhanden gewesen wäre. Denn wir immer wieder auf diesen Mangel stoßen, so müssen wir indessen hinzusetzen, daß es den Reichstagsparteiern an Männern gebrach, welche die Führung hätten führen und stärken können. Wir brauchen uns nach keinem Staatsmann von der kalten Härte Clemenceaus zu sehnen, aber wir hatten nicht einmal einen von seiner Energie. Und Clemenceau war, bevor er Reichspräsident wurde, einfacher Abgeordneter. Wir wollen die folgenden Tatsachen zusammen-

stellen, sie werden manches der Ueberzeugung und der Einsicht näher bringen. Deutschland kam in den Krieg, weil ihm für seine Politik die richtige Beurteilung des Auslandes fehlte, das uns zum Teil politisch oder wirtschaftlich vernichten wollte. Es traute Amerika zu lange und legte sich daher militärisch weiter fest, als seinen Kräften entsprach. Als der U-Bootskrieg zu wirken begann, setzten auch die Wiener Indiskretionen ein. Der Vernichtungswille der Entente wuchs, und bei uns vor und neben der revolutionären Agitation Gewinnsucht, Hamsterei, Schleichhandel und Wucher, Leppigkeit und Hunger standen gegenüber im Innern und schufen Erbitterung. Amerikas Uebermacht und der Zusammenbruch der Alliierten lähmten das Vertrauen, und als Wilson bei einer Aenderung der Staatsform eine milden Frieden in Aussicht stellte, kam die Revolution.

Wm.

## Was die neue Reichseinkommensteuer bedeutet.

Nach dem ersten Entwurf dieser Steuer, der natürlich im Reichsrat oder in der Nationalversammlung noch Änderungen erfahren kann, beträgt die Jahressteuer bei einem Einkommen von 5000 Mark, das also einem Wochenlohn von 100 Mark entspricht, 460 Mark. Dazu kommen, wenn das Einkommen aus festverzinslichen Papieren herrührt, noch 500 Mark Kuponsteuer. Stammt das Einkommen aus Aktien, so werden davon 1000 M. Dividendensteuer extra erhoben. Beträgt das Einkommen 16 000 Mark, so ist die Steuer 4000 Mark pro Jahr. Dazu 10 Prozent Kuponsteuer oder 20 Prozent Dividendensteuer. Ein Einkommen von 150 000 Mark soll 75 000 Mark jährlich Steuern zahlen; hat der Mann von diesen 150 000 Mark zwei Drittel aus Staatspapieren und ein Drittel aus Aktien, so hat er im Ganzen 90 000 M. Steuern von seinen 150 000 Mark Einkommen jährlich zu entrichten, so daß ihm nur noch 60 000 M. zum Verzehren bleiben. Man kann sagen, auch das ist noch genug. Und das ist richtig. Aber wenn von den großen Einkommen so viel durch Steuern fortgenommen wird, so wird auch das Bemühen sinken, dazu zu kommen. Denn es lohnt nicht, man arbeitet nur für die Steuern.

Werden die großen Einkommen aufgefressen, so wird natürlich schließlich mehr auf die mittleren und kleineren Einkommen abgedrückt werden müssen, denn irgendwoher muß doch das Geld kommen. Das alles ist wohl gemerkt für das Reich, und die Einkommensteuer ist nur eine von den zahlreichen Reichsteuern. Nur müssen aber auch noch die Staaten, die Städte und die Gemeinden ihre Ausgaben decken, denn vom Reiche erhalten sie nur wenig, wir erhalten also noch besondere Staats- und Gemeindeabgaben. Dagegen fällt die Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Zuschlag dazu in den Städten und Gemeinden vom 1. April 1920 fort. Damit hört also das Bestimmrecht der Stadt- und Kreisverwaltungen über die Einkommensteuer auf, das auf die Finanzämter des Reichs übergeht. Wie die Staaten, Städte und Gemeinden ihre Ausgaben decken sollen, ist noch eine offene Frage. Da Gewerbesteuer, Vergütungssteuer und ähnliche Abgaben es allein nicht leisten, werden wir leichtmöglich nach französischem Vorbilde zu städtischen Verzehrungssteuern kommen.

Wm.

## Die deutsche Antwort auf Clemenceaus Note.

Berlin, 26. November. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente

mit folgender Note geantwortet, welche heute in Paris übergeben wird:

Auf die am 21. November in meine Hand gelangte Note vom 15. November, betreffend die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich, beehre ich mich, Eurer Erzählung im Austrage meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die Agence Havas am 29. August 1919 veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautete:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Arbeiten der Heimführung werden sofort beginnen, und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, welcher nach Inkrafttreten des Vertrages ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann voll Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen habe, weil die deutsche Regierung oder das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. Eine solche Zurücknahme hätte ja mindestens auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Vielmehr feugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abgegeben zu haben. Diese widerspruchsvolle Haltung ist um so unverständlicher, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, welches aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach. Es handelt sich dabei um die Kohlenlieferungen und um den Fall des Sergeanten Manheim.

Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde vom deutschen Vertreter am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenenfrage kein Gehör finden, ehe mit den Kohlenlieferungen begonnen worden sei; sobald diese eingeleitet hätten, werde die Entente in dieser Frage weiteres Entgegenkommen zeigen. Im Falle des Sergeanten Manheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmassnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von 1 Million Francs abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Falle werde Marshall Foch seinen Einfluß für die alsbaldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen ein-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

ihr Besitz erleichtert Deine Steuern!

legen. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Mannheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht.

Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferungen zugesagt war, mit Beziehung auf die vorausgegangene Zusage die Bitte aussprach, alsbald in die Verhandlungen über die Heimführung der Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerkten versprochen, daß ihm der Ministerpräsident, Herr Clemenceau, in den nächsten Tagen darüber schreiben werde, zugleich aber hat ihn der französische Vertreter, sich für die Zahlung der im Falle Mannheim verlangten Million einzusehen, da die Erledigung dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, sehr am Herzen liege. In Berlin wurde dann die Vereinbarung getroffen, daß der Betrag von 1 Million Francs der französischen Regierung für das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt werde, daß innerhalb einer Woche nach der Zahlung die im Artikel 15 des Friedensvertrages vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimführung der Kriegsgefangenen zusammentreten und daß dies durch die Agence Havas bekanntgegeben werden solle.

Als die Einsetzung der Kommission sich verzögerte, und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt. Die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen, zuerst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika und zuletzt aus Frankreich an die Reihe; deutsch-französische Verhandlungen über diese Transporte seien nach der Auffassung des Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau unwichtig.

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr erlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrag bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen. Die Note vom 15. November beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimführung der Kriegsgefangenen zu bestritten, sondern legt ausführlich dar, aus welchen Gründen die französische Regierung auch nicht gewillt ist, freiwillig vor Inkraftsetzung des Friedensvertrages mit der Heimführung zu beginnen. Die Ausführungen stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die Kriegsgefangenen sind es, an welche sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält.

Im Widerspruch mit den Grundsätzen des Edelmuten und der Menschlichkeit, welche die französische Regierung stets als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen also Schuldlose für die vermeintlichen Verfehlungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür halten, daß die französischen Wünsche erfüllt werden. Diese Politik muß um so schärfer beurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie stehen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegesrechts, das mit erbarmungsloser Strenge gehandhabt wird. Kleidung und Unterbringung reichen vielfach für die kalte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen noch von dem Verkehr mit der Heimat abgeschnitten.

Angeht es der klaren Sachlage, welche durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, könnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes dazu zu bemerken:

Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgelehnt, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmung des Friedensvertrages über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegesetze angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung ihrer vertraglichen Verpflichtungen auf die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstellten, hingewiesen und, ohne einen förmlichen Antrag zu stellen, die alliierten und assoziierten Regierungen gebete, ihrerseits zu erwägen, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen ließe. Uebrigens hat sie diesen Schritt getan, ehe die Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 2. November in ihre Hand gelangt war.

In der Note wird gefragt, wie sich wohl die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringenden Aufräumungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen vor dem im Friedensvertrag bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen dürften. Die deutsche Regierung kann nicht nur glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie es die Note zu verstehen gibt, sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Bevölkerung ein Herz für das Glend der Kriegsgefangenen hat und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückgäben, anstatt im harten Fronddienst für

Handlungen sitzen zu müssen, für welche sie keine Verantwortung trifft. Von maßgebender französischer Seite ist seit dem 1. Juli wiederholt feierlichst versichert worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete verquillt werden solle.

Taran, daß noch immer kein endgültiges Abkommen über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter zustande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit erklärt, deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu stellen, und hat in den sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Inland die bereits vor Unterzeichnung des Vertrages begonnenen Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das eifrigste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem Laufenden erhalten worden. Die deutsche Regierung bedauert, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchens der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu bezeichnen, in welche die Wiederaufbauarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden können.

Nicht verständlich ist der Vorwurf, die deutsche Regierung habe alle vorläufigen Maßnahmen zur Erleichterung der Ausführung der Friedensbedingungen in Schleswig und Oberpommern abgelehnt. Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens verzögert habe. Deutschland hat das äußerste getan, um den unerhörten schweren Anforderungen, welche durch dieses Abkommen gestellt wurden, gerecht zu werden.

Die deutsche Regierung verzichtet darauf, hier die vielen schweren Uebergreife und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch welche das Waffenstillstandsabkommen von ihren Gegnern verletzt worden ist, sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerechter urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Rechte Klage geführt werden kann. Auf die Angelegenheit der Versenkung der Kriegsschiffe in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. In der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit ungeheuren Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten.

Die deutsche Regierung kann nur ihr Befremden darüber ausdrücken, daß solche Erfindungen und Gerüchte finden und der Ausnahme ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden; sie hofft, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tage ernster und dringlicher wird, und in der Deutschland auf das Mitgefühl aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— Warum Herr v. Simson\* zurückkehrte. Unter der Ueberschrift „Warum Herr von Simson von Paris abreiste“ veröffentlicht die „Völkische Zeitung“ folgenden eigenen Drahtbericht: Die Weigerung Simsons, das ihm in Paris vorgelegte Protokoll zu unterzeichnen, rührt vornehmlich daher, daß Deutschland sich durch die Unterzeichnung verpflichtet soll, die in diesem Protokoll enthaltene Liste der Auszuliefernden anzuerkennen, auf der neben anderen prominenten Persönlichkeiten die Herren Hindenburg und Ludendorff stehen!

— Die Uebernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnen auf das Reich wird vom 1. April 1920 ab erfolgen. In Jena hat Dienstag eine Konferenz der Verkehrsverwaltungen der Einzelstaaten begonnen, die sich mit der Frage der Uebernahme der Wasserstraßen aufs Reich befaßt.

— Kriegerverluste, Kriegergräber und Nachlassachen. Das Zentral-Nachweisk-Bureau des ehemaligen preussischen Kriegsministeriums, das Zentral-Nachweisk-Bureau des Reichs-Marineamts, die Nachweisk-Bureau von Bayern, Sachsen und Württemberg, die Zentral-Nachweiskstelle und die Kriegergräberfürsorge-Abteilung des ehemaligen preussischen Kriegsministeriums sind zu einer dem Reichsministerium des Innern nachgeordneten Zentral-Nachweiskstelle für Kriegerverluste und Kriegergräber führt. Die Abteilungen Bayern, Sachsen, Württemberg, Marine und Zentral-Nachweiskstelle bleiben in ihren bisherigen Bureauräumen in München, Dresden, Stuttgart und Berlin. Die Zentrale des Zentral-Nachweisk-Amtes für Kriegerverluste und Kriegergräber, einschließlich Abteilung Preußen, befindet sich in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48.

— Zur Abhilfe der Wohnungsnot ist durch Neubauten, obwohl 750 Millionen Reichsmark zur Verfügung gewährt wurden, verhältnismäßig wenig geschaffen, denn das Bauen ist zu teuer und die Materialien sind zu knapp. Es wird auch im neuen Jahre nicht viel mehr werden, wenn sich die Kostenfrage nicht ändert, und dazu ist keine große Aussicht. Es wird also weiter unterstützt werden müs-

sen. Nur kann das Schwergewicht mehr auf Beton- und Barackenbauten gelegt werden. Mit einer zeitgemäßen Erhöhung der Miete ist wenigstens ein Versuch zu machen, denn heute sind diese nicht nötige Anliegens-Ausgaben zu konstatieren, die lieber zur Deckung der wirklichen Mietkosten verwendet werden könnten, damit das Bauen gefördert wird. Böttig aufgeführt sind die Wohnungsverhältnisse überhaupt nicht. 1914 waren zahlreiche leerstehende Wohnungen. Seitdem haben sich viele eingeschmälert, die Kriegsverluste kommen hinzu. Trotzdem ist aber überall Wohnungsmangel, obwohl Zugang und Abgang sich eigentlich ausgeglichen haben sollten. Woher kommt also der Mangel? Es scheint weniger an der Zahl der Kriegstrainungen zu liegen, als an der Zahl der beanspruchten Räume.

— Abschaffung der Titel Knecht und Magd. Die freien Landarbeiterorganisationen wehren sich dagegen, daß nach Befreiung der preussischen Gesindeordnung freie Menschen amtlich noch immer als „Knecht“ und „Magd“ bezeichnet werden. Sie betrachten derartige überlebte Benennungen als gegen das Ehrgefühl verstoßend und fordern die Gemeinden zur Durchführung der Titeländerungen auf. Es werden die Bezeichnungen „Landwirtschaftsgehilfe“ oder noch einfacher „Landarbeiter“ vorgeschlagen.

### England.

— Der Kaiser-Prozess. Aus Kreisen der britischen Friedensdelegation verlautet, daß der ehemalige deutsche Kaiser nicht vor einen Gerichtshof gestellt werden soll, sondern daß ein besonderes Tribunal gebildet werden soll, welches den Kaiserprozess und alle damit in Zusammenhang stehenden Prozesse erledigen wird, also auch die Vergehen gegen die militärischen und strafrechtlichen Bestimmungen. Gleichzeitig wird aus London mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereits eine große Menge, wie versichert wird, sehr wertvolles Material gegen den früheren deutschen Kaiser gesammelt hätten.

— Eine Wendung in der Politik gegen Deutschland? Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt Churchill im „Sunday Herald“, es müsse die Politik Englands sein, zu verhindern, daß dem deutschen Volk nur die Hoffnung bleibe, einst wieder an das Schwert zu appellieren, und ihm nur noch die Entwicklung und die Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten hin übrig zu lassen. Wenn Deutschland mit Russland gemeinsame Sache macht, würde die Gefahr von 1914 wieder aufliegen, und man würde zwei Wölferbünde bekommen, den Bund der Sieger und den Bund der unterlegenen Nationen. — Churchills Aeußerungen deuten auf eine verhältnismäßig Politik gegenüber Deutschland hin, als man sie bisher erlebt hat. Sie zeigen, daß in England (bekanntlich auch in Amerika) die Ansicht an Boden gewinnt, daß die andauernde Niederhaltung Deutschlands und seiner Wirtschaft von schwerem Schaden für England und die ihm verbündete Welt sein muß. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Churchills Erklärungen wie die nachfolgende Meldung von einer bevorstehenden Einladung an Deutschland, in den Völkerbund einzutreten, Anzeichen für eine neue Wendung in der Ententepolitik gegenüber den Mittelmächten sind. Dafür spricht auch das eifige Schweigen, das England an den Tag legte, als davon die Rede war, daß Amerika dem französischen Schutzverträge nicht beitreten würde. Es ist noch lange nicht sicher, ob nach einer amerikanischen Abgabe England allein den Schutz Frankreichs zu garantieren Lust hat. Auch die neue Note Clemenceaus erweckt den Eindruck, als stände nur Frankreich, nicht aber seine Verbündeten hinter ihr, ganz abgesehen davon, daß England mehreren Anzeichen zufolge die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen nicht billigt, nachdem es selbst mit der Zurückendung längst den Anfang gemacht hat. — Die oben erwähnte Meldung besagt: Der Pariser Korrespondent des „New York Sun“ meldet, in englischen Kreisen mache sich eine Bewegung geltend, Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten, und zwar als Antwort auf den Beschluß des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Lord Robert Cecil soll dieser Bewegung nicht fernstehen. Er habe auf Befragen erklärt, er sei jederzeit dafür eingetret, daß Deutschland sobald wie möglich dem Völkerbund beitrete.

### Ägypten.

— Die Unruhen in Ägypten wollen nicht abbrechen. In Alexandria haben sich die Unruhen erneuert. Der Gouverneur hat demissioniert. Der General Allenby hat den Präsidenten, den Vizepräsidenten und den Sekretär des Disziplinarkomitees der ägyptischen Delegation in die Residenz geschickt und ihnen befohlen, sich mit ihren Angehörigen nach Hause zu begeben. Er erklärte ihnen, daß er sie für die Ausschreitungen verantwortlich mache. Die Zeitungen „Al-Nasr“ und „Mahkassa“ wurden verboten, weil sie die ägyptische Polizei dafür tabelten, daß sie auf die Menge geschossen habe.

### Örtliche und Sächliche Nachrichten.

— Eisenstod, 27. November. Im Saale des „Deutschen Hauses“ fand gestern Abend eine öffentliche Volksversammlung statt, die von der Sozialdemokratischen Ortsgruppe Eisenstod einberufen war. Eine zahlreiche Zuhörerschaft aus allen Schichten der Bevölkerung hatte sich eingefunden, um den früheren Kultusminister W. B. u. d., Dresden, der als Referent für diese Versammlung gewonnen war, zu hören. Das Thema lautete: „Deutschland vor und nach der Revolution.“ Nach einem Rückblick auf die letzte Zeit vor dem Kriege, in der Deutschland auf der Höhe seiner Macht und Blüte gewissermaßen als Weltmacht der Welt stand, legte der Referent



